

Thüringen, Du hast es besser!
Du hast keinen Knut, keinen
Gaddafi, keinen Mappus.

■ **Wie schön! Alles
wird jetzt besser**

Du hast eine auf zwei
Frauen gegründete Regie-
rung, eine schwarz-rote Koali-
tionsregierung, die alles bes-
ser machen will:

– den gemeinsamen Un-
terricht auf Kommandoton à la
Matschie, also ohne wirkli-
ches Gespräch mit Eltern-
und Lehrerverbänden,

– die Gebietsreform-Exper-
tise, deren Experten vom
obersten Chef der Landräte-
Lobby, also der Gegenge-
bietsreformer angeführt wer-
den sollen,

– eine Bürgerinitiative ge-
gen ein neues Kommunalab-

gabengesetz mit neuerlicher
Missachtung des Volkswil-
lens: gar mit rückwirkender
Erhebung von Straßenaus-
baubeiträgen bis 1991? Das
will der Innenminister so nicht
auf sich sitzen lassen...

– eine Ministerpräsidentin,
Arm in Arm (sic!) mit ihrem
CDU-Fraktionschef mit noch
mehr (grüner) Energie als sie
die Kanzlerin hat. Wow! Man
weiß überhaupt nicht, wo die-
se Liebe unter den Menschen
noch hinführen soll, mögli-
cherweise zu ein paar geret-
eten Wahlergebnissen? „So
aber geht es nicht“, sagen da-
zu schier platt vor Verblüffung
die Grünen. In Stuttgart sehen
wir uns wieder!

Ja, und dann hast Du noch
diese Plakate der Thüringer
Wutbürger, die schon ein „Be-
gehren“ ins Auge fassen und
ihr Grundrecht auf Wasser

einfordern. Wir erinnern uns:
Wasser/Abwasser war das
große Thema, das schon die
Leuchten unter unseren In-
nenministern wie Schuster,
Köckert und Trautvetter le-
gendären Angedenkens den
Hals kostete und letztlich
auch den Wundermann Dieter
Althaus, der mal eben mit ein
paar Milliönchen diese gigan-
tische Nachwendesünde ab-
lösen wollte.

■ **„Ihr nehmt uns
das letzte Hemd“**

Jetzt heißt einer dieser
Slogans nicht nur „Ihr nehmt
uns das letzte Hemd“, was
der immer leicht gehemmte
Thüringer noch nachvollzie-
hen kann. Auf dem Plakat da-
runter stand auch noch, dass
„die Pfäffin mit dem Pfäff-



Hans Hoffmeister

chen...“. Wer damit gemeint
war, sah man im Bilde (siehe
TLZ vom Donnerstag dieser
Woche): mit Ersterer die Mi-
nisterpräsidentin, mit Letzte-
rem ihr Vize, der Koalitions-
partner, dem ein buschiger ro-
ter Schwanz aus dem Hinter-
kopf herausstand. Fällt das
schon unter Karikatur oder
noch unter Karneval?

■ **Was sind das denn
für Sitten?**

Ganz schön rüde, unsere
Bürger, denkt man da. Was
haben eigentlich die theologi-
schen Werdegänge dieser
beiden mit der Wasser-Ab-
wasser- und der Straßenbei-
trags-Debatte zu tun? Sitten
sind das!

Doch die alte CDU-Lan-
desregierung hatte ihrem Volk
zu diesen Themen (sowie
analog zum Thema Volksbe-
gehren) einfach zu viel zuge-
mütet. Weitgehende Sprach-
losigkeit gegenüber Wohl-
fahrtsverbänden bis in die Ca-
ritas kam hinzu. Bei gleichzei-
tiger Diätenautomatik und Su-
perversorgung des Altminis-
terpräsidenten. Lösung
versprochen – bislang nicht
gehalten!

Christine Lieberknecht ver-
sprach auch das: Gesprächs-
kultur gegenüber den Bür-
gern! Leute, fordert sie ein,
die Gesprächskultur.

Und lasst das Schmähen.
Pfarrer schikanierten sie im
Sozialismus. Pfarrer waren
es, die ihre Kirchen öffneten
und die friedliche Revolution
vor der Stasi schützten.
Schon vergessen?

■ **Das Volk hat eh
den Wahlzettel**

Also bitte fair bleiben!
Letztlich habt Ihr doch eh den
Wahlzettel, wenn sie partout
nicht auf ihr Volk hören wol-
len. Ein neues wählen werden
sie nicht können.

Ein nachdenkliches Wo-
chenende allerseits!

TLZ 26.3.11

Bürger werden einfach von der Regierung ignoriert!

Ärger bei der Allianz gegen überhöhte Kommunabgaben – Rechtssicherheit ist viel wichtiger als ein Wahlgewinn

Ein Leser schreibt unter anderem:

Wenn der Thüringer Regierungssprecher Peter Zimmermann mitteilt, dass die CDU-geführte Landesregierung kein Gesprächsbedarf mit der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben hat, muss man feststellen, wie bürgerfremd und überheblich die Landesregierung ist. Die Vertreter der Bürger werden einfach von der Landesregierung ignoriert!

Was Peter Zimmermann kürzlich zum Ausdruck gebracht hat, dass die Vorschläge der Bürgerallianz zur Abschaffung der Zwangsbeiträge mit in den Gesetzesentwurf eingebracht wurden, stimmt so nicht. Weder Innenminister Peter M. Huber noch Jörg Geibert haben in der Vergangenheit die Kommunikation

mit den mehr als 100 000 Mitgliedern der Bürgerallianz gesucht und geführt. Die Kommunalpolitik in Thüringen bedarf einer dringenden Änderung, da zum Beispiel in Erfurt und anderen Städten die Bürger keinen Cent für Abwasserbeiträge zahlen müssen, während andere Bürger, wie mir Unterlagen vorliegen, bis 100 000 Euro und mehr zahlen sollen!

■ „Wasserköpfe“ installiert

Das unsinnige Gerede von einem Wahlgewinn des damaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) im Jahre 2005 von 37 Millionen Euro anlässlich der Landtagswahl 2004 an die Hausbesitzer, ist unerträglich. Das Land

beklagt sich über die angeblichen Folgekosten durch die Abschaffung der Herstellungsbeiträge für Wasser über das Beitragsbegrenzungsgesetz für Abwasser. Was sind die Ursachen, dass das Land mit derartig hohen Summen einige Wasser- und Abwasserzweckverbände stützen muss? Nach der politischen Wende haben es einige CDU-Politiker, vorwiegend aus den alten Bundesländern, in Thüringen fertig gebracht, drei gut funktionierende Wasser- und Abwasserversorgungsunternehmen zu zerschlagen. Es wurden daraus etwa 200 neue Zweckverbände gegründet und auch die entsprechenden „Wasserköpfe“ installiert. Heute wären wir Thüringer froh, gäbe es nur noch drei. Hier begann der ganze Unsinn, dessen

Auswirkungen heute noch deutliche Spuren hinterlässt.

■ Das Werk von Aufbauhelfern

Es waren Berater und Projektanten, die darauf drängten, ihre Ziele durchzusetzen, um möglichst große Gewinne einzufahren. Nicht immer waren diese Aufbauhelfer/Ost hilfreich. Heute ist von diesen „Helfern“ nichts mehr zu sehen, sie haben sich aus dem Staub gemacht. Viel zu große Kläranlagen, zu lange Abwasserkanäle und unnötige Pumpstationen wurden projektiert und gebaut, alles Maßnahmen, die erhebliche Nachfolgekosten verursachen.

Selbst Prüfberichte des Innenministeriums gaben darüber Auskunft. Hier hätte die

Staatshaftung greifen müssen, leider tat sich nichts. Prüfberichte zum Beispiel über den Zweckverband Gotha und Landkreisgemeinden hat der Landesrechnungshof mit bemerkenswerten Inhalten, zum Beispiel Untreue nach § 286 StGB festgestellt, alles umsonst. Korruption wurde nicht verfolgt. Im Gegenteil, nach Entlassung des Geschäftsbesorgers wurde noch eine hohe Abfindung gezahlt. Der Landesrechnungshof beweist sich als ein zahnlöser Tiger. Wie ist es möglich, dass ein Zweckverband als Sponsor für alle möglichen Vereine tätig werden kann? Warum wird nicht jeder Zweckverband jährlich von unabhängigen Prüfern überprüft? Dies gehört in einem Gesetz festgeschrieben.

Die Mehrzahl der Bürger

in Thüringen erwarten von der Landesregierung keine Wahlgewinne, sondern Rechtssicherheit und Ordnung in der Abgabepolitik. Nur so kann die Landesregierung schulden abbauen. Aber bitte nicht auf dem Rücken der seit Jahrzehnten gebeutelten Ost-Hauseigentümer, Rentner, Arbeitslosen und Behinderten, die seit Jahrzehnten unter Umständen allein in ihrem Häuschen wohnen und unter schwierigsten Bedingungen es erhalten haben und sich weiterhin erhalten möchten, benötigen die Unterstützung der Landesregierung. Die Bürger Thüringens möchten endlich nach jahrelangem Kampf gegen überhöhte Kommunalabgaben in Ruhe ihr Leben gestalten können.

**Horst Reising,
Waltershausen**

TLZ v. 24.03.11